

Leipziger Impulsgespräch

„Maßnahmen zur Energiewende müssen die Gesellschaft einen – und nicht spalten“

Projekte im Rahmen der Energiewende bergen ein hohes Konfliktpotenzial in sich. Partizipative Beteiligungsverfahren und Maßnahmen wie Ausgleichszahlungen könnten zur Lösung dieser Auseinandersetzungen beitragen, rufen aber oft selbst neue Konflikte hervor. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Deutschen Umweltstiftung Jörg Sommer erörtert Gernot Barth, wie es gelingen kann, die Energiewende erfolgreich und im Sinne des Gemeinwohls zu gestalten.

Herausgeber Gernot Barth im Gespräch mit Jörg Sommer

Wie aus Partikularinteressen Gemeinwohl entsteht, muss immer wieder neu verhandelt werden.

Gernot Barth: Die Durchsetzung von Baumaßnahmen im Energiesektor ist häufig mit Widerstand und einem hohen Konfliktpotenzial verbunden. Vielerorts engagieren sich Anwohner aufgrund persönlicher Interessen gegen die Umsetzung der geplanten Maßnahmen – etwa in Form von Bürgerinitiativen. Das Gemeinwohl steht dabei weniger im Mittelpunkt. Auf welche Gründe ist dieses Phänomen zurückzuführen?

Jörg Sommer: Die Bundesrepublik Deutschland ist eine repräsentative Demokratie. Das Prinzip repräsentativ getroffener Entscheidungen ist ja gerade, so trotz zahlreicher Partikularinteressen am Ende eine gemeinwohlorientierte Lösung zu finden. Das ist eine Stärke unserer Demokratie – sofern diese Entscheidungen auf breite Akzeptanz stoßen. Diese Akzeptanz hat jedoch in den vergangenen Jahrzehnten deutlich abgenommen. Die Folge: Wenn in der Praxis konkrete Maßnahmen zur Energiewende, beispielsweise der Bau einer Trasse oder eines Windrades, anstehen, zeigt sich, dass immer wieder neu verhandelt werden muss, wie aus diesen Interessen ein solches Gemeinwohl entsteht.

Manche Vorhabenträger neigen dazu, die „Gemeinwohlkeule“ zu schwingen. Sie behaupten, jene Trasse oder jenes Windrad werde aus Gründen des Gemeinwohls benötigt – und wer dagegen ist, sei ein „Nimby“ [kurz für „not in my backyard“, „nicht in meinem Garten“], der einfach nicht mitspielen will. In diesem Fall entsteht ein hohes Eskalationspotenzial.

Bei all dem gilt es zu bedenken, dass es in der Tat vielseitige Gründe für Widerständigkeit gibt. Auf manche trifft der Nimby-Vorwurf sicher zu. Einige Menschen sind auf der Suche nach einer Wirksamkeitserfahrung, sie sind gelangweilt und

möchten aktiv werden. Andere lehnen das Projekt per se ab. Und wiederum andere sind aus ökologischen Gründen dagegen – unabhängig davon, ob die Maßnahme vor ihrer Haustür durchgeführt werden soll oder anderswo. Eine weitere Gruppe, etwa die der Unterstützer oder Profiteure konventioneller Energiequellen, praktiziert die Verhinderung der Energiewende aus politischen Gründen. Der Motivmix ist sehr vielseitig.

All diese Menschen pauschal zu Gegnern des Gemeinwohls zu erklären bringt die Lösung solcher Konflikte nicht voran. In unserem freien Rechtsstaat kann zudem eine juristische Konfliktlösung unglaublich viel Zeit in Anspruch nehmen und sinnvolle Projekte verlangsamen.

Die Durchsetzung von Einzelfällen durch den Gesetzgeber verstärkt grundlegende Konflikte im Rahmen der Energiewende.

Das eröffnet die Frage, ob der Gesetzgeber nicht etwas dagegen tun müsse. In Deutschland werden immer wieder neue Planbeschleunigungsgesetze beschlossen. Dabei prallen zwei gegensätzliche Ideologien aufeinander. Auf der einen Seite wollen marktorientierte Akteure die Rechte der Umweltverbände und Anwohner beschränken und klassische Rechtswege mit dem Argument des Allgemeinwohls beschneiden, verkürzen oder ganz aushebeln. Auf der anderen Seite steht eine Gruppe von Menschen, die sagt, es gehe bei solchen Konflikten nicht nur um ein bestimmtes Projekt, sondern darum, wie es gelingt, eine gesellschaftliche Akzeptanz für diese Transformation aufzubauen. Wenn jeder Einzelfall per Machtstaat durchgesetzt wird, erreicht man bei den widerständigen Menschen keinesfalls Akzeptanz, sondern verstärkt vielmehr den Konflikt.

Die Frage der ökonomischen Gerechtigkeit spielt bei Energiekonflikten nur eine untergeordnete Rolle.



Ich möchte Ihre Aufzählung der Konfliktursachen um einen Punkt erweitern. Ich selbst habe erlebt, wie der Bau von Windrädern ganze Dorfgemeinschaften zerstören kann. Einzelne Bauern, die ihre Flächen für den Bau eines oder mehrerer Windräder zur Verfügung stellen, verdienen im Laufe der Zeit Millionen – die restlichen Bewohner bleiben außen vor. Hinzu kommt, dass auch die Windradbauer und -betreiber hohe finanzielle Gewinne erwirtschaften. Wenn wir an diesem Punkt ansetzen würden und der Logik einer materialistischen, geldorientierten Gesellschaft folgen – also alle am Gewinn beteiligen –, gäbe es nach meiner Ansicht eine größere Aufgeschlossenheit gegenüber der Energiewende. Wie sehen Sie das?

Das stimmt grundsätzlich. Im Kapitalismus ist es aber nun mal einerseits Prinzip, dass Investoren unmittelbar profitieren und der Rest der Gesellschaft nur mittelbar über Steuern und Abgaben. Einem überzeugten Anhänger der Marktwirtschaft können Sie nicht erklären, warum er seinen Profit mit unteiligen Menschen teilen soll, die zufällig Anlieger sind. In der Regel ist es zudem oft so, dass die widerständigen Akteure vor Ort ökonomisch gar nicht auf eine Beteiligung an den Gewinnen, die mithilfe des Windrades oder eines anderen Projekts erzielt werden, angewiesen sind. Sie zielen vor allem darauf ab, ihren auf anderem Weg erarbeiteten Lebensstandard als Profiteure des Systems zu erhalten und etwa ihr Haus im Grünen weiter unbeeinträchtigt genießen zu können. Innerhalb eines auf persönlichen Vorteil aufbauenden Systems ist die Generierung von Gemeinwohl immer ein anspruchsvoller Spagat.

Ich gehe aber konform damit, dass nicht nur Belastungen, sondern auch Vorteile gerecht verteilt werden müssen, um die Akzeptanz zu erhöhen. Dänemark ist dabei ein Paradebeispiel. Dort ist gesetzlich verankert, dass Energieparks mindestens zwanzig Prozent ihrer Anteile an die lokale Bevölkerung vergeben müssen. Das Akzeptanzproblem im Rahmen der Energiewende ist in Dänemark deshalb tatsächlich vergleichsweise gering.

Kommunen sollten für die Belastungen beim Bau von Anlagen zur Energiegewinnung eine finanzielle Kompensation erhalten.

Bundestagsabgeordnete der SPD hatten in der letzten Legislaturperiode mit ihrem „Windbürgergeld“ eine ähnliche Vorgehensweise vorgeschlagen. Diese sah vor, direkt betroffene Anwohner finanziell zu entschädigen. Doch so einfach ist es nicht. Gemeinwohl kann man sich nicht kaufen.

Die Umsetzung dieses Vorschlags könnte dazu führen, dass die Spaltung vor Ort eher zu- als abnehmen würde. Plötzlich gibt es Konflikte zwischen Nachbarn, wenn der eine sich seinen Widerstand „abkaufen“ lässt, der andere aber weiter gegen das Projekt kämpft.

Grundsätzlich halte ich es für klug zu sagen, dass eine Kommune für ihre Belastung – ob Windrad, Leitung, Autobahn oder Endlager – eine gesellschaftliche Kompensation verdient. Also einen Anteil X oder einen Betrag X, welcher wiederum in die kommunale Entwicklung fließt – aber eben nicht an Einzelpersonen. In diesem Fall sollte es gesellschaftlich verhandelbar sein, was mit dem Geld passiert – ob man damit beispielsweise lieber eine Schule oder eine Lärmschutzwand baut. In Frankreich wurde eine ähnliche Vorgehensweise mithilfe einer nationalen Agentur, die diese Prozesse mediativ betreut und organisiert, bereits mehrmals erfolgreich praktiziert. Was ich für kontraproduktiv halte, ist die persönliche Vergütung von vermeintlichen oder realen Beeinträchtigungen – denn das würde lediglich in unendlichen Gerichtsprozessen langwierig durchdekliniert werden.

Maßnahmen zur Energiewende müssen so organisiert sein, dass sie die Gesellschaft einen – und nicht spalten.

Tatsächlich passiert es ja schon regelmäßig, dass in nicht öffentlichen Individualverhandlungen Bürger „gekauft“ werden, indem ihnen mehr Geld angeboten wird, als ihnen eigentlich zustünde.

In der Tat. Auch einige Umweltverbände haben diese Einkommensquelle für sich entdeckt. Da werden Industrieansiedlungen oder Windräder bekämpft – bis eine großzügige „Spende“ oder ein vom Vorhabenträger bezahltes „Ausgleichsprojekt“ zugesagt wird. Prompt wird die Kampagne eingestellt. In den USA und Großbritannien gibt es darauf spezialisierte Organisationen, aber auch bei uns ist schon der ein oder andere Verband dieser Versuchung erlegen.

Es ist unangemessen, erst dann auf Probleme zu reagieren, wenn sie akut sind.

Sie suchen demzufolge nach fundamentalen Lösungen, die keine weiteren Probleme erzeugen. Ich persönlich würde eine Politik der kleinen Schritte bevorzugen. Denn auch kleine Verbesserungen, die kontinuierlich vorgenommen werden, führen letzten Endes zu einer optimalen Lösung.

Ich habe keinesfalls den Anspruch, anhand eines Falls einen gesamtgesellschaftlichen Konflikt zu lösen. Ich glaube aber, dass wir mit der Art und Weise, wie wir ein einzelnes Windrad verhandeln, die Voraussetzung dafür legen, wie wir in Zukunft mit ähnlichen Konflikten umgehen. Beteiligende wie auch Beteiligte können sich so kollektive Kompetenzen für kommende Auseinandersetzungen erarbeiten und damit sicherstellen, dass zukünftige Diskussionen nicht noch verschärft werden.

Iterative Methoden, bei denen jeder Konflikt immer wieder neu bearbeitet wurde, wenn er auftrat, haben sich in der politischen Vergangenheit nicht als erfolgreich erwiesen. Als die Atomenergie aufkam, dachte man, man hätte das Energieproblem gelöst und sich gleichzeitig eine militärische Option geschaffen. Inzwischen wissen wir aber, dass die Endlagerung des Atommülls die Menschen noch Jahrhunderte vor schwerwiegende Probleme stellen wird. Deshalb halte ich es mit dem Wissensstand der Menschheit im Jahr 2022 für unangemessen, erst dann auf Probleme zu reagieren, wenn sie akut sind. Mir geht es darum, nicht einfach nur Einzelfälle zu lösen, sondern während dieser Problemlösung auch zukünftig anwendbare Konfliktkompetenzen zu vermitteln und Strukturen zu etablieren, die solche Partikularinteressen ausgleichen und am Ende doch zu gemeinwohlorientierten Lösungen führen können.

Es braucht einen gesamtgesellschaftlichen Konsens über die Sinnhaftigkeit von Maßnahmen zur Energiewende.

Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht sinnvoll, um den partizipativen Gedanken bei der Energiewende stärker voranzubringen?

Bislang ist Partizipation noch viel zu oft ein reines Werkzeug zur Akzeptanzbeschaffung. Das klingt schlimmer als es ist, denn es ist völlig legitim, Menschen zu beteiligen, um Akzep-

tanz aufzubauen. Doch letztlich geht es um deutlich mehr. In der Energiewende zum Beispiel brauchen wir einen maximalen, aber nicht zwangsläufig einen allumfassenden Konsens darüber, dass Maßnahmen wie ein Windrad wichtig sind, um in Zukunft ausreichend Energie zu produzieren und gleichzeitig die Umwelt halbwegs intakt zu halten.

Dieser Konsens kann nicht durch einen Parlamentsbeschluss oder ein Gesetz hergestellt werden. Er muss gesamtgesellschaftlich, aber auch auf lokaler und kommunaler Ebene immer wieder neu verhandelt werden. Gesellschaftliche Konsense sind historisch nie dauerhaft gewesen, sie haben eine geringe Halbwertszeit – wenn sie nicht immer wieder neu verhandelt und angepasst werden. Das mag man bedauern, aber es ist nun einmal so.

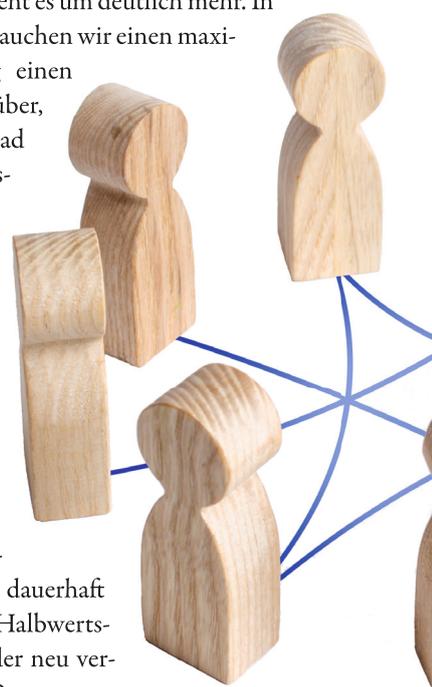
Die neue Bundesregierung hat dies erkannt und beabsichtigt zum Beispiel, zu zahlreichen Themen sogenannte Bürgerräte einzusetzen. In ihnen sollen mehr oder weniger zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger zentrale gesellschaftliche Themen erörtern. Noch ist allerdings nicht geklärt, welche Wirkung die Ergebnisse haben sollen.

In Frankreich hat ein Bürgerrat zur Klimapolitik so umfangreiche Vorschläge erarbeitet, doch aktuell ist der Frust groß, denn Präsident Emmanuel Macron realisiert davon nur die wenigen Vorschläge, die ihm passen.

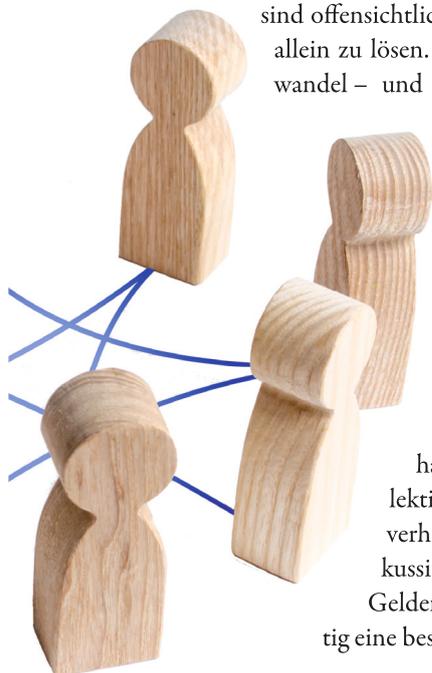
Ein frühzeitiger Diskurs beugt emotionalen Betroffenheitsdebatten vor.

Beteiligung ist also weitaus mehr als nur Akzeptanz für eine Maßnahme. Kommunen sollten intern und mit allen Bürgern über Zukunftsfragen sprechen – möglichst schon bevor der Bauantrag für das nächste Windrad eingeht. Das beugt auch emotional eskalierenden Debatten bei unmittelbarer Betroffenheit vor. So gelingt es, frühzeitig einen Diskurs darüber anzuregen, wie Gemeinwohl gestaltet werden kann. Je eher man beteiligt, desto weniger Mediation wird im Nachhinein benötigt.

Sie sprechen davon, auf lokaler Ebene ehrenamtliche Bürgerräte zu initiieren, die demokratisch und außerparlamentarisch über die Energiewende verhandeln – und zwar ohne dass konkrete Anträge oder Projekte vorliegen. Denken Sie, dass das zu einer allgemeinen Verhaltensänderung führen kann?



Die Institutionen unserer repräsentativen Demokratie sind offensichtlich nicht in der Lage, alle Probleme allein zu lösen. Was wir brauchen, ist ein Kulturwandel – und das gelingt, indem alle beteiligt werden. Keine einzelne Maßnahme kann das ermöglichen, das gelingt lediglich im Rahmen eines dynamischen Diskurses. Schauen wir auf das reale Deutschland in der Pandemie, so sehen wir, dass wir als Gesellschaft noch lernen müssen, Konflikte seriös und einigermaßen wertschätzend auszutragen. Deshalb halte ich Maßnahmen wie kollektive Kompensationen, die regional verhandelt werden und zu neuen Diskussionen über die Verwendung von Geldern führen, für sinnvoll, um langfristig eine bessere Konfliktkultur aufzubauen.



Beteiligung muss vor allem zukunftsplanend sein – weniger konfliktbereinigend.

Ich sehe die Gefahr, dass sich in solchen Bürgerräten möglicherweise vor allem Eliten versammeln, die nicht die Gesamtgesellschaft repräsentieren. Das Emanzipationsversprechen wird so allerdings nicht realisiert.

Da schildern Sie tatsächlich ein bekanntes und ausgiebig erforschtes Problem. Im Grunde neigen dieselben gesellschaftlichen Gruppen, die ohnehin schon in den Parlamenten überrepräsentiert sind, dazu, sich auch überproportional zu beteiligen. Deshalb entstand ja auch die Idee, die Bürgerräte zufällig auszulosen – in der Praxis hat sich das aber zugegebenermaßen als schwierig erwiesen. Für den ersten selbstorganisierten Bürgerrat in Deutschland, den „Bürgerrat Demokratie“, den ich im Beirat begleitet habe, mussten rund 4.000 Menschen angesprochen werden, um 120 Freiwillige zu finden. Der migrantische Schichtarbeiter oder die alleinerziehende Mutter haben andere Hürden als ein pensionierter Studienrat oder ein erfolgreicher Architekt. Letztere sind in einem Diskurs noch dazu deutlich durchsetzungsfähiger. Die Probleme einer breiten Beteiligung waren auch beim zweiten Bürgerrat, „Deutschlands Rolle in der Welt“, den der Ältestenrat des Deutschen Bundestages initiierte, gegeben.

Vielen Akteuren sind diese Schwierigkeiten bewusst und es gibt Formate, sie zu nivellieren, und Methoden, um eine breite Beteiligung zu generieren. Bestimmte Gruppen müssen aufgesucht und intensiv eingeladen werden. Wichtig ist es auch, mehr zukunftsplanende Beteiligung zu organisieren, nicht nur konfliktbereinigende. Ein bundesweiter Bürgerrat allein kann

letztlich keinen gesamtgesellschaftlichen Diskurs ersetzen. Das Thema „Wie wollen wir in Zukunft zusammenleben?“ könnte auch in anderen Institutionen besprochen werden. Etwa in Schulen oder Kindergärten mit den Eltern. So gelingt es, Menschen in ihrem Alltag bereits dann zu erreichen, wenn noch keine Konflikte infolge konkreter Maßnahmen entstanden sind und sich einige emotional an der Debatte beteiligen, andere sich wiederum wegduckten, da sie das Gefühl haben, nicht betroffen zu sein. Eine breite Beteiligung ist das A und O.

Einzelinteressen sind erlaubt, das Wichtigste ist aber die Bereitschaft, die Interessen des Gegenübers anzuerkennen.

Letztendlich geht es um die Demokratisierung aller Prozesse, darum, Verantwortungsbewusstsein zu lehren und dazu anzuregen, die gesamte Gesellschaft mitzudenken.

Bei der Beteiligung spricht ja grundsätzlich nichts gegen Einzelinteressen. Tatsächlich ist gute Beteiligung immer Betroffenenbeteiligung. Entscheidend ist eher, ob man bereit ist, die Legitimität der anderen Interessen anzuerkennen. Dies lässt sich nicht abstrakt lernen, sondern nur, indem ich in die Praxis, in den Diskurs gehe.

Herr Sommer, das ist ein wichtiges Schlusswort. Auch nehme ich aus unserem Gespräch die Idee des Bürgerrates als Zukunftsidee für die Zivilgesellschaft mit. Hier sehe ich ein großes Defizit in unserer Kultur. Ich danke Ihnen herzlich für den interessanten Austausch!

Jörg Sommer

Politikwissenschaftler, Soziologe und Direktor des Berlin Institut für Partizipation sowie Koordinator der Allianz Vielfältige Demokratie. Er ist zudem Herausgeber der Buchreihe *Kursbuch Bürgerbeteiligung* und Autor des wöchentlichen Newsletters *demokratie.plus* zu Fragen der Demokratie und politischen Teilhabe. Für die Energiewende engagiert er sich im Rahmen seiner Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung.



Anzeige



Ausbildungsinstitut perspectiva
AUS- UND WEITERBILDUNG



- SYSTEMISCHES COACHING
- GEWALTFREIE KOMMUNIKATION
- MEDIATION – DIE ERFOLGREICHE UND ZEITGEMÄSSE KONFLIKTLÖSUNG
- MODERATION IM KONTEXT VON ORGANISATION UND FÜHRUNG
- MEDIATIONSANALOGE SUPERVISION

AUBERG 9 | 4051 BASEL | WWW.PERSPECTIVA.CH